Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13519**

18. Wahlperiode 06.09.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

25. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28 bis 30. August 2016 in Riga, Lettland

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Ablauf der Konferenz**	2
2	**Konferenzeröffnung**	2
3	**Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“**	3
4	**Zweiter Sitzungsabschnitt: „Wie Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum durch die Verbindung von Bildung und Arbeitsmarkt entwickelt werden kann“**	3
5	**Feierstunde zum 25-jährigen Bestehen der BSPC**	4
6	**Dritter Sitzungsabschnitt: „Beschäftigungsmöglichkeiten realisieren – Verbesserung der Arbeitskräftemobilität und der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit“**	4
7	**Konferenzresolution**	6
8	**Rede des Abg. Franz Thönnes zur Feierstunde**	11

1 Ablauf der Konferenz

Die 25. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) fand auf Einladung des Parlaments von Lettland vom 28. bis 30. August 2016 in Riga statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordneter **Thomas Stritzl** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter

Abgeordneter **Peter Stein** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Frank Junge** (SPD)

Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Das Thema der 25. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz lautete „Hochwertige Ausbildung und Arbeit – die Zukunft der Ostseeregion“. Die Delegierten befassten sich in drei Sitzungsabschnitten mit den Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Wie Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum durch die Verbindung von Bildung und Arbeitsmarkt entwickelt werden kann“ und „Beschäftigungsmöglichkeiten realisieren – Verbesserung der Arbeitskräftemobilität und der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit“. Außerdem wurde in einem weiteren Sitzungsabschnitt das 25-jährige Bestehen der BSPC gefeiert.

Vor Beginn der Jahrestagung hatte der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der BSCP, Abg. Franz Thönnes, zu einer Sitzung der deutschen Delegationen eingeladen, an der neben der Delegation des Deutschen Bundestages auch die Delegationen aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein teilnahmen. Die gemeinsame Sitzung fand wie in den Vorjahren statt, um den deutschen Delegationen vor Konferenzbeginn einen Austausch über die Positionen der einzelnen Delegationen zu ermöglichen, die Konferenz vorzubereiten und über mögliche strittige Punkte im Resolutionsentwurf zu diskutieren.

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses, der am 28. August 2016 tagte, wurden ebenfalls der Konferenzablauf und der Resolutionsentwurf besprochen. Außerdem wurde bekannt gegeben, dass die Jahrestagung der BSPC 2018 vom Parlament der Åland-Inseln und 2019 vom norwegischen Parlament ausgerichtet wird.

Am letzten Tag der 25. Jahrestagung der BSPC verabschiedeten die Teilnehmer gemäß der Geschäftsordnung der BSPC im Konsens eine Resolution, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Arbeit befasst, aber auch auf das Thema „nachhaltiger Tourismus“ eingeht, mit dem sich die aktuelle Arbeitsgruppe der BSPC beschäftigt. Die Resolution (siehe S. 6ff.) war zuvor im Redaktionsausschuss der Konferenz erarbeitet worden und nimmt sowohl auf die Bekämpfung des Terrorismus als auch auf die Aufnahme und den Umgang mit Flüchtlingen im Ostseeraum Bezug.

Zur neuen Vorsitzenden der BSPC wurde die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, die Delegierte Carola Veit, gewählt, die das Arbeitsprogramm der BSPC bis zum September 2017 vorstellte und zur 26. BSPC einlud, die vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg stattfinden wird.

2 Konferenzeröffnung

Zu Beginn der Konferenz begrüßten Raimonds Vējonis, lettischer Staatspräsident und ehemaliges Mitglied der BSPC, sowie die lettische Parlamentspräsidentin Ināra Mūrniece die Teilnehmer der 25. Jahrestagung. Vējonis sagte in seiner Rede, dass die Geschichte der BSPC eng verknüpft sei mit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten vor 25 Jahren. Die Ostseeregion sei mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit eine der dynamischsten Regionen in der Welt. Damit sie weiterhin sicher und stabil sei, müssten sich alle Anrainer mit Blick auf die Sicherheitspolitik stärker engagieren. Hinsichtlich des Schwerpunktthemas der Tagung sagte er, dass er es sehr begrüße, dass sich die BSPC dieses wichtigen Themas annehme. Ohne gute Bildung sei kein Fortschritt möglich, und insbesondere für junge Leute sei es wichtig, gut ausgebildet zu werden. Dies sei letztlich Grundlage für wirtschaftliches Wohlergehen.

Parlamentspräsidentin Ināra Mūrniece hob in ihrer Rede hervor, was die BSPC in den vergangenen 25 Jahren erreicht habe. Dies sei gerade aufgrund der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit möglich gewesen. Hieran gelte es, auch in Zukunft anzuknüpfen, etwa bei der Bekämpfung des Menschenhandels im Ostseeraum. Den Parlamenten komme bei der Zusammenarbeit eine herausgehobene Rolle zu, die von der BSPC unterstützt werde.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3 Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Im ersten von vier Sitzungsabschnitten befassten sich die Delegierten zunächst allgemein mit der Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Der scheidende Vorsitzende der BSPC, der lettische Abgeordnete Jānis Vucāns, sagte, die BSPC habe im vergangenen Jahr den Fokus auf Ausbildung und den Arbeitsmarkt gesetzt, weil diese Themen für das Wohlergehen der Menschen im besonderen Maße wichtig seien. Ebenso sprach er das Thema Flüchtlinge und Migration an, das seit dem Sommer 2015 ebenfalls alle Mitgliedsparlamente betroffen habe. In diesem Zusammenhang begrüßte er Maja Gojković, die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerkooperation (PABSEC). Die PABSEC hat Beobachterstatus in der BSPC und ihre zwölf Mitgliedsparlamente mussten sich nach den Worten Gojkovićs im vergangenen Jahre ebenfalls insbesondere mit der Frage beschäftigen, was sie angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen zu tun hätten. Ein Austausch darüber zwischen den beiden parlamentarischen Versammlungen sei ebenso wünschenswert wie wichtig.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis sagte in seiner Rede, dass die Ostseestrategie der Europäischen Union für die gesamte EU relevant sei und die Zusammenarbeit im Ostseeraum, für die auch die BSPC ein herausragendes Beispiel sei, Modellcharakter habe. Gleichzeitig betonte er, dass es einen Mangel an spezialisierten Fachkräften gebe, während in manchen Ländern der Region die Arbeitslosenzahlen hoch seien. Dem wolle die EU mit der *„New Skills Agenda for Europe“* entgegenwirken. Sie wolle die Möglichkeiten verbessern, sich weiterzubilden und dafür die notwendige Unterstützung zu bekommen.

Im Anschluss stellten Michał Czyż, Polen, und Guðmundur Árni Stefánsson, Island, beide Mitglieder im Komitee der Hohen Beamten des Ostseerates, die Ergebnisse des vergangenen polnischen Vorsitzes bzw. die Pläne des amtierenden isländischen Vorsitzes im Ostseerat vor. Czyż sagte, dass der polnische Vorsitz in eine, nicht nur mit Blick auf die Ukraine-Krise, schwierige Zeit gefallen sei, es aber gleichzeitig gelungen sei, im April dieses Jahres ein Treffen aller Vize-Außenminister stattfinden zu lassen. Das letzte Außenministertreffen hatte 2013 stattgefunden. Sein isländischer Kollege Stefánsson sagte, dass es Ziel seines Landes sei, im kommenden Jahr das 25-jährige Bestehen des Ostseerates ebenfalls mit einem Treffen auf Ministerebene feiern zu können. Der Fokus des isländischen Vorsitzes liege auf den Themen Demokratie und Gleichberechtigung. Besonderes Augenmerk solle auf die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen gelegt werden.

Der Abgeordnete Vitaly Busko, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten im weißrussischen Parlament, warb in seiner Rede dafür, seinem Parlament den Beobachterstatus bei der BSPC zu gewähren. Er war zusammen mit anderen Abgeordneten seines Parlaments zu der Jahres-tagung eingeladen worden, nachdem der Ständige Ausschuss der BSPC sich bei seinem Treffen im Mai mit der Frage des Beobachterstatus für Weißrussland beschäftigt hatte, aber keine Einigung erzielt hatte. Das Gremium hatte beschlossen, dass die Entscheidung über den Beobachterstatus erst nach der Parlamentswahl in Weißrussland im September dieses Jahres, aber vor der 26. Jahrestagung im September 2017 getroffen werden solle. Busko betonte, dass sein Parlament eine Zusammenarbeit mit der BSPC begrüßen würde. Eine schwedische Abgeordnete meldete sich nach der Rede Buskos zu Wort und kritisierte, dass keine Oppositionspolitiker in der weißrussischen Delegation vertreten seien.

4 Zweiter Sitzungsabschnitt: Wie Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum durch die Verbindung von Bildung und Arbeitsmarkt entwickelt werden kann

Im zweiten Sitzungsabschnitt unter der Überschrift „Wie Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum durch die Verbindung von Bildung und Arbeitsmarkt entwickelt werden kann“ sprach neben Staatssekretärin des lettischen Bildungsministeriums unter anderem der ehemalige EU-Kommissar Poul Nielson, der derzeit für einen vom Nordischen Ministerrat in Auftrag gegebenen Bericht den gemeinsamen Arbeitsmarkt der nordischen Länder untersucht. Als ein „Geheimnis des Erfolgs“ der Arbeitsmärkte der nordischen Länder nannte Nielson die „Kompetenz zum Kompromiss“. Arbeitnehmer und Arbeitgeber verstünden sich im Großen und Ganzen als Partner und nicht als Gegner. Oft werde ihm die Frage gestellt, wie die Länder des Nordens so erfolgreich sein könnten bei den hohen Steuern, den hohen Löhnen und den umfangreichen Arbeitnehmerrechten. Wer dies frage, sagte Nielson, habe nicht verstanden, dass genau dies die Grundlage für den Erfolg sei. In der anschließenden Diskussion sagte der Abg. Behrens, dass die Ergebnisse von Nielsons Arbeit zeigten, dass es keinen „Wettbewerb nach unten“ geben müsse, damit ein Land wirtschaftlich erfolgreich sei.

Wie Nielson vertrat auch Dr. Martin Sauer vom Baltic Sea Labour Forum (BSLF) die Meinung, dass der durch den Austausch von Erfahrungen unter den Ländern des Ostseeraums gewonnene Mehrwert nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Die Entstehung des Gremiums für sozialen Dialog in der Ostseeregion, in dem mehr als 30 Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen vertreten sind, geht auf die Initiative einer BSPC-Arbeitsgruppe zurück, die sich von 2007 bis 2009 unter dem Vorsitz von Abg. Thönnes mit dem Thema „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ auseinandergesetzt hatte. Zuvor hatte Abg. Thönnes EU-Kommissar Dombrovskis für

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die lange Zeit gute Unterstützung seitens der EU für das Baltic Sea Labour Network gedankt. Das Ergebnis sei das einzigartige Baltic Sea Labour Forum, in dem 30 Repräsentanten aus Gewerkschaften und von Arbeitgeberseite zusammenkämen. Nun habe die EU die Kriterien für die finanzielle Unterstützung geändert. Diesen entspreche das BSLF nicht mehr. Dabei sei finanzielle Unterstützung notwendig, um in den Bereichen Arbeitsmobilität, dem Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und gerechten Arbeitsbedingungen, denen sich auch die EU verpflichtet habe, weiterarbeiten zu können. Dombrovskis erwiderte, dass das BSLF zweifellos eine wichtige Institution sei und er den zuständigen EU-Kommissar auf dieses Problem aufmerksam machen wolle.

5 Feierstunde zum 25-jährigen Bestehen der BSPC

Auch in der anschließenden Feierstunde zum 25-jährigen Bestehen der BSPC wertete Abg. Thönnes die Entstehung des BSLF als einen Erfolg der BSPC. In seinem Rückblick auf die Entstehung der BSPC erinnerte er außerdem daran, dass die erste Konferenz von Parlamentariern aus dem Ostseeraum im Januar 1991 in Helsinki für die Abgeordneten aus unterschiedlichen Systemen eine wichtige Gelegenheit zum gemeinsamen Gespräch und für einen Blick über den eigenen Tellerrand gewesen sei. Durch die „kritische Auseinandersetzung mit Regierungshandeln, neuen Kontakten und vertrauensbasierten Kooperationen“ habe die Ostseezusammenarbeit Schritt für Schritt ihre parlamentarische Dimension erhalten. Dabei sei es in den Konferenzen zunächst vorrangig um die demokratische Stabilisierung der Region und die Verbesserung der kritischen Umweltsituation der Ostsee gegangen. Nach und nach seien andere Themen dazu gekommen wie Meerespolitik und maritime Wirtschaft, grünes Wachstum, Ostseeraum als maritime Modellregion Bildung, Minderheiten, NGOs, Arbeit und Soziales, Kultur, Gesundheitspolitik und Tourismus. Über den Schwerpunkt der 16. Konferenz zur „Maritimen Politik“ in Berlin 2007 sei die BSPC schließlich auch in Brüssel stärker wahrgenommen worden. Dies beeinflusste auch einige EU-Parlamentarier, den Ostseeraum zunehmend als Makroregion zu begreifen und erstmalig für die EU eine eigene Strategie, die EU-Ostsee-Strategie, zu entwickeln. Zudem habe die BSPC mehrere Forderungen zur Wiederherstellung einer sauberen Ostsee beschlossen, die letztendlich über Entscheidungen im Aktionsplan der Helsinki Kommission zum Schutz der Ostsee dazu geführt hätten, dass unter anderem von der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) beschlossen wurde, dass Passagierschiffe ab 2013 bzw. 2018 keine ungeklärten Abwässer mehr in die Ostsee einleiten dürfen und inzwischen strengere Abgas-Vorschriften gelten. Auch schärfere Auflagen gegen Eutrophierung sowie die Förderung des Baus des Klärwerkes in St. Petersburg seien auch Resultat von Bemühungen der BSPC. Eine weitere positive Entwicklung sei das Konzept Clean Baltic Shipping mit dem Ziel „Null Emissionen in der Seefahrt“. Zwölf große Häfen arbeiteten im Rahmen eines EU-Projekts an der Reduzierung des Schadstoffausstoßes.

Als Erfolg wertete Abg. Thönnes auch, dass die BSPC eine systematische Befragung der nationalen Regierungen im Anschluss an die Jahrestagungen entwickelt habe, um nachzuhalten, inwieweit die in der jeweiligen Resolution genannten Forderungen von den Regierungen umgesetzt bzw. angegangen wurden.

Abg. Thönnes sagte, die Demokratie lebe vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von ihrer Mitwirkung in politischen Parteien, aber auch vom Einsatz in Vereinen, Verbänden und Institutionen. In diesem Zusammenhang wies er auf die noch offene Forderung nach einer Ostseejugendkonferenz hin, die der BSPC jedes Jahr vorausgehen solle. Junge Delegierte sollten die Chance erhalten, ihre Anforderungen an die Politik zur zukünftigen Entwicklung der Region zu formulieren und dies den Abgeordneten vorzustellen. Darüber hinaus solle auch die Rolle von Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft wieder stärker in den Focus der Ostseekooperation rücken. Zum Ende seiner Rede sagte er, die Vernünftigen rund um die Ostsee wüssten sehr genau, dass man auf Dialog, Kompromiss und Zusammenarbeit angewiesen sei und sich gegenseitig brauche.

Im Anschluss sprach Anna Abrahamsson, die Präsidentin des *Nordic Youth Council*. Sie forderte ebenfalls mehr Beteiligung der Jugend. Viele junge Menschen fühlten sich ausgeschlossen von politischen Entscheidungen, die sie und ihre Zukunft beträfen. Dies sei gerade angesichts von Extremisten, die europaweit auf dem Vormarsch seien, eine Gefahr.

6 Dritter Sitzungsabschnitt: Beschäftigungsmöglichkeiten realisieren – Verbesserung der Arbeitskräftemobilität und der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit

Im vierten und letzten Sitzungsabschnitt zum Thema „Beschäftigungsmöglichkeiten realisieren – Verbesserung der Arbeitskräftemobilität und der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit“ sprachen unter anderem der lettische Minister für Gemeinwohl, Jānis Reirs, und die litauische Ministerin für soziale Sicherheit und Arbeit, Algimanta Pabedinskiene. Beide gingen auf das Problem des brain drain ein und betonten, dass ihren Ländern qualifizierte Fachkräfte fehlten und sich dies auch spürbar auf die sozialen Sicherungssysteme aus-wirke. Der Abwanderung müsse mit ordentlichen Einkommen entgegengewirkt werden. Zudem solle die EU sich für hoch-qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittländern öffnen. Dies könne sich positiv auf die demografische Entwicklung auswirken.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Über die Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sprach die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Anette Kramme. Bis zum Jahr 2060 werde es 11,4 bis 14,5 Millionen weniger Menschen auf dem Arbeitsmarkt geben. Sie ging in diesem Zusammenhang auch auf die Zuwanderung von Flüchtlingen ein, die Politik und Gesellschaft in Deutschland vor große Herausforderungen stelle. Gleichzeitig seien die Ausgangs-bedingungen für eine erfolgreiche Integration aber gut. So sei der Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt stabil und aufnahmefähig und die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt könne dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Wichtig sei, „dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive frühzeitig Zugang zu den Integrationskursen erhalten“. Insbesondere das Erlernen der Sprache sei für die Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Die rechtliche Grundlage für eine erfolgreiche Integration sei mit dem am 6. August 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz bereitet worden.

Zum Abschluss der Konferenz beschlossen die Parlamentarier noch eine Geschäftsordnungsänderung, nach der der Vorsitzende der BSPC künftig von zwei Stellvertretern statt wie bisher von einem unterstützt wird.

Berlin, den 26. März 2016

Franz Thönnes, MdB
Delegationsleiter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7 Konferenzresolution

angenommen von der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion[1], die vom 28. bis 30. August 2016 in Riga (Lettland) zusammengekommen sind,

angesichts einer Vielzahl von Anschlägen durch den internationalen Terrorismus, die sich seit der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2015 in Rostock ereignet haben,

- verurteilen den Terrorismus in all seinen Formen als gemeinsame Bedrohung für unsere Bürger und unsere gemeinsamen Werte;

- beklagen den Tod unschuldiger Menschen und äußern ihr Mitgefühl und ihre Solidarität gegenüber den Opfern aller Terroranschläge sowie ihren Angehörigen und all denjenigen, die unter diesen unmenschlichen Anschlägen zu leiden hatten;

- bringen die dringende Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen diese große Bedrohung für unsere Gesellschaft und für die Aufrechterhaltung unserer demokratischen Werte zum Ausdruck und stellen gleichzeitig heraus, dass dieser Kampf unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Bürger- und Menschenrechte geführt werden muss;

- in Erörterung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion durch Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt, Beschäftigungsmöglichkeiten, Arbeitskraftmobilität und Jugendarbeitslosigkeit sowie des nachhaltigen Tourismus;

- vor dem Hintergrund des 25. Jahrestages des Bestehens der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Anerkennung des Vorbildcharakters der Ostseeparlamentarierkonferenz als Plattform für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Region vor dem Hintergrund des aktuellen politischen Klimas;

- in dem Bekenntnis zur Nutzung der Erfahrungen der Vergangenheit für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft, damit die Integration der Ostseeregion voranschreitet und gleichzeitig regionale Identitäten bewahrt werden;

- in der Überzeugung, dass die Achtung der Rechte von Minderheiten allen Regionen im Ostseeraum zugutekommt;

- unter Begrüßung der Tatsache, dass die Entschließungen der Ostseeparlamentarierkonferenz nach und nach in immer umfassenderer Weise umgesetzt worden sind;

- unter Bekräftigung der Bedeutung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die den Menschen, dem Schutz des Planeten, Wohlstand im Einklang mit der Natur, Frieden und Partnerschaft gewidmet ist, und in der Überzeugung, dass es notwendig ist, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, insbesondere Ziel 14, das die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung vorsieht;

- unter Begrüßung der „Erklärung von Warschau: Regionale Reaktionen auf globale Herausforderungen“, die bei dem Treffen der stellvertretenden Außenminister des Ostseerates (CBSS) am 8. Juni 2016 in Warschau verabschiedet wurde;

- unter Begrüßung der Annahme der Erklärung „Ostsee 2030: Erneuerung des Bekenntnisses zur nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion“, die am 6. Juni 2016 von den hohen Vertretern der Regierungsinstitutionen des Ostseerates verabschiedet wurde;

- unter Begrüßung der Annahme der Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Konferenz der Wissenschaftsminister des Ostseerates mit dem Titel „Baltic Science: Renewing the Commitment to Science/Research Joint Actions in the Baltic Sea Region“ [„Wissenschaft im Ostseeraum: die Erneuerung des Bekenntnisses zu gemeinsamen Maßnahmen in Wissenschaft und Forschung in der Ostseeregion“] am 16. Juni 2016 in Krakau;

---

[1] Aus den Parlamenten Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln sowie aus dem Europäischen Parlament, der Baltischen Versammlung und dem Nordischen Rat.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

- unter Begrüßung der Entscheidung der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO), dass das Sondergebiet für die Einleitung von Abwasser aus Fahrgastschiffen nach Anhang IV des MARPOL-Übereinkommens für die bei der IMO registrierten Fahrgastschiffe entsprechend den früheren Entschließungen der Ostseeparlamentarierkonferenz spätestens 2021 in Kraft treten wird;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die wechselseitige Zusammenarbeit und die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten zu begrüßen und dabei die bestmöglichen Verfahren in der Ostseeregion zu berücksichtigen;

2. mithilfe weiterer Schritte das gegenseitige Vertrauen und den Dialog in der Ostseeregion wiederherzustellen, insbesondere innerhalb des Ostseerates, um dafür zu sorgen, dass das Potenzial der Organisation als Forum für die gesamte multilaterale zwischenstaatliche Zusammenarbeit sowie der politische Dialog in der Ostseeregion möglichst effizient genutzt werden;

3. regionale Synergien und den regionalen Zusammenhalt mithilfe einer vertieften Zusammenarbeit und des strukturierten Dialogs zwischen den Organisationen und Kooperationsformaten in der Ostseeregion weiter zu stärken;

4. die Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Instrument für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie wirtschaftlich tragfähige Maßnahmen und Projekte zugunsten der Ostseeregion weiter zu fördern und zu unterstützen und dabei den Erfolg der Initiative von St. Petersburg zu berücksichtigen und voranzutreiben und die noch umfänglichere Nutzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates zu unterstützen, sofern die Lage dies zulässt;

5. auf dem Erfolg der Projektunterstützungsfazilität des Ostseerates als Instrument zur Unterstützung der strategisch wichtigen Projektaktivitäten in der Ostseeregion aufzubauen und dabei insbesondere den freiwilligen Beitrag Russlands und Finnlands zur Fazilität für das Jahr 2016 zur Kenntnis zu nehmen und die Möglichkeiten der Fortführung der Finanzierungsfazilität des Ostseerates in Form eines Ostsee-Kooperationsfonds nach 2016 zu prüfen;

6. HELCOM als wichtigstes Koordinierungsgremium im Hinblick auf die Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt zu stärken und weiterzuentwickeln und die rasche Umsetzung des Aktionsplans gegen Abfälle im Meer sowie die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung eines Überwachungsgebiets für Emissionen von Stickoxiden (NOx Emissionen) in der Ostsee nachdrücklich zu unterstützen und zu fördern und die Bedeutung des Ostsee-Aktionsplans als einer der Säulen des Umweltschutzes im Rahmen der EU-Strategie für die Ostseeregion herauszustellen;

7. gemeinsame Definitionen in Bezug auf den Begriff der nachhaltigen Entwicklung in der gesamten Ostseeregion zu erörtern und Innovationen im Kontext der grünen und blauen Technologien zu fördern sowie ein gemeinsames Internetportal für die Ostseeregion für den Austausch von guten Beispielen im Zusammenhang mit Forschungs-, Bildungs-, und Umweltpraktiken einzurichten;

8. die Federführung für die Koordinierung der Entwicklung eines neuen Regulierungsrahmens für autonome Schiffe mit dem Ziel zu übernehmen, der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation Vorschläge zu unterbreiten und Forschungsprojekte, die technologische Entwicklung und Standards im Hinblick auf autonome Schiffe zu unterstützen;

9. die Zusammenarbeit untereinander in den Bereichen fortzuführen, in denen beiderseitige Vorteile und Synergien zwischen den jeweiligen regionalen Strategien und Aktionsplänen erzielt werden können;

10. vor dem Hintergrund der allgemeinen wettbewerblichen Situation in der Tourismuswirtschaft sowie der aktuell angespannten Lage in Europa transnationale Strategien und langfristige Verpflichtungen für die Förderung grenzüberschreitender Ansätze hauptsächlich im Bereich des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion zu unterstützen;

11. bei der Bewältigung der fortwährenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingen in der Region eng zusammenzuarbeiten und auch in Zukunft für die menschenwürdige Behandlung dieser Flüchtlinge in den Ländern der Ostseeregion zu sorgen und deren Recht auf sicheres Asyl zu gewährleisten;

12. eine engere Zusammenarbeit zu fördern und – soweit erforderlich – den Erklärungen der EU bzw. der VN zur Bekämpfung der illegalen und irregulären Migration zu folgen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

13. die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation zugunsten einer wettbewerbsfähigeren und nachhaltigeren Region zu fördern;

14. sich stärker mit dem Thema der Sicherung der Prognostizierbarkeit zu befassen, die durch gegenseitige Transparenz und Risikoreduzierungsmaßnahmen gestärkt werden könnte. Dies ist wichtig, um unnötige Risiken und Spannungen zu vermeiden, auch im Hinblick auf die Bewegungen von Militärschiffen und Militärflugzeugen in der Ostseeregion;

im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion durch Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt

15. die Notwendigkeit anzuerkennen, die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt enger miteinander zu verknüpfen;

16. vor diesem Hintergrund die neue europäische Kompetenzagenda zu unterstützen;

17. jungen Menschen eine berufliche Ausbildung und Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Fertigkeiten zu gewähren, die auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sind und in Form von allgemein anerkannten formalen Berufsabschlüssen eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg am Arbeitsplatz darstellen;

18. die Kontakte zwischen Schulen, Universitäten und Unternehmen zu stärken, um zu gewährleisten, dass sich die universitäre Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung eng und konkret am Arbeitsmarkt ausrichten, und Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen und zu vermeiden;

19. auf dem Erfolg des EuroFaculty-Programms des Ostseerates als Beispiels für eine langfristige projektbezogene Zusammenarbeit im universitären und wissenschaftlichen Bereich zugunsten der Bewohner der Ostseeregion aufzubauen und weitere mögliche Schritte in diesem Programm zu prüfen;

20. die Weiterentwicklung und Erweiterung der (allgemeinen und spezialisierten) Fertigkeiten und die Beschäftigungsfähigkeit durch Schaffung des Rechts auf lebenslanges Lernen zu fördern;

21. die Transparenz und Vergleichbarkeit von Qualifikationen zu verbessern und dadurch die wechselseitige Anerkennung von formalen Abschlüssen weiterzuentwickeln;

22. die Ermittlung des voraussichtlichen Bedarfs an auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen zu fördern;

23. die Notwendigkeit einer Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung zu prüfen, um den Bildungs- und Arbeitsmarktsektor in der Ostseeregion weiterzuentwickeln;

24. die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftsgebietes in der Ostseeregion und insbesondere den systematischen Austausch von Fachkenntnissen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung zu unterstützen;

25. die Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern und staatlichen Organisationen im sozialen Dialog zu stärken;

26. Forschungsprojekte und Standardisierungen im Bereich der Internetsicherheit zu unterstützen und dabei den Schwerpunkt auf den maritimen Kontext und maritime Anwendungen zu legen und das Datenmanagement zu fördern mit dem Ziel, ein faires und fruchtbares Umfeld für neue datengesteuerte Dienstleistungen zu schaffen, das die technologische Exzellenz unserer Regionen auf bestmögliche Weise nutzt und die Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze ermöglicht;

27. die Ostseeregion als führende Region des Lernens zu etablieren;

28. eine stärkere Zusammenarbeit „von unten nach oben“ und Vernetzung zu fordern, um die Entwicklung und Synergien in Bezug auf die Zusammenarbeit in bestimmten Wissenschafts-Forschungs-, Innovations- und Clusterbereichen voranzutreiben;

29. den kontinuierlichen Dialog und die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung, Innovation und Hochschulbildung zu fördern und dabei die vorhandenen politischen und regionalen Formate und Initiativen zu nutzen;

im Hinblick auf Beschäftigungsmöglichkeiten, die Mobilität von Arbeitskräften und Jugendarbeitslosigkeit

30. sich für die Schaffung eines gemeinsamen, auf Kooperation beruhenden Arbeitsmarktes in der Ostseeregion einzusetzen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

31. eine gemeinsame Beschäftigungsplattform zu unterstützen und in der Öffentlichkeit verstärkt auf deren Existenz hinzuweisen, um ihr gesamtes Potenzial für die Arbeitskräfte in der Ostseeregion auszuschöpfen;

32. nationale Arbeitsvermittlungsstellen und private Arbeitsagenturen einschließlich der Sozialpartner an einen Tisch zu bringen, um die Chancen für Arbeitssuchende zu erhöhen;

33. gute Ansätze wie die Jugendgarantie der EU zu nutzen und weiterzuentwickeln, um nachhaltige und umfassend angelegte Konzepte für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und den Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu begleiten;

34. Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETS), mithilfe gezielter Maßnahmen erfolgreich Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verschaffen;

35. die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu fördern und dabei bewährte Methoden auf der Grundlage eines koordinierten und individualisierten Ansatzes unter Einbeziehung der Arbeitgeber anzuwenden;

36. darüber hinaus zu diesem Zweck gute Ansätze wie die Empfehlung des Rats der Europäischen Union für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu nutzen;

37. das Ziel zu verfolgen, sich verstärkt darum zu bemühen, insbesondere Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zu ermutigen;

38. die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen weiterzuentwickeln und die Bedingungen für die Bereitstellung von Fortbildungsmaßnahmen, die auf den Erwerb von Berufsabschlüssen auch für junge Erwachsene abzielen, zu verbessern;

39. die Mobilität insbesondere in Grenzregionen zu fördern und Informationen für grenzüberschreitende Arbeitnehmer bereitzustellen, die unterschiedlichen nationalen Verfahren und Rechtssystemen unterliegen;

40. die grenzüberschreitenden Kapazitäten für Pendler in den Bereichen Bildung und Studium zu nutzen und in diesem Zusammenhang das grenzüberschreitende Pendeln als Mittel zur Reduzierung der Gefahr der Arbeitslosigkeit zu betrachten;

41. die Ressourcen einer alternden Gesellschaft besser zu nutzen;

42. die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu fördern, um junge Menschen in die Lage zu versetzen, einen Arbeitsplatz zu finden, und Arbeitgebern die Besetzung offener Stellen zu ermöglichen;

43. konsequent und kontinuierlich das Ziel zu verfolgen, die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und allen jungen Menschen Beschäftigungs- und Lebenschancen zu eröffnen, diesbezüglich finanzielle Mittel der Europäischen Union zu nutzen und die Ergebnisse zu überwachen;

44. frühzeitig zu intervenieren, um junge Menschen, die den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt vollziehen, über Wege und Möglichkeiten im Hinblick auf die berufliche Entwicklung zu informieren und den erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt zu fördern;

45. sich zu bemühen, faire Löhne zu gewährleisten, und sich in den Fällen, in denen unbefristete Arbeitsverhältnisse möglich sind, für die Reduzierung von Leih- und Zeitarbeit und Werkverträgen einzusetzen;

46. Flüchtlinge schnellstmöglich auszubilden und in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Erfahrungen über Beispiele für bewährte Methoden innerhalb der Ostseeregion auszutauschen und darüber hinaus die Sozialpartner frühzeitig und umfassend in diese Maßnahmen einzubinden;

47. die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben zu fördern und den Grundsatz der Inklusion im Sinne der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen;

48. ihre öffentlichen Arbeitsverwaltungen im Hinblick auf die Förderung der Mobilität der Bürger in der gesamten Ostseeregion zu unterstützen;

im Hinblick auf nachhaltigen Tourismus

49. vor dem Hintergrund der einzigartigen Umwelt der Ostsee und der besonderen Gefährdung für viele Lebensräume grenzüberschreitende Strategien zu erarbeiten, um die vorhandenen Konflikte zwischen Tourismus und Meeres- und Küstenschutz zu minimieren;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

50. die Entwicklung des ländlichen Raums und der umweltfreundlichen Agrarproduktion so zu stärken, dass die natürliche Landschaft und eine gesunde Umwelt als Voraussetzung für den nachhaltigen Tourismus im ländlichen Raum geschützt und wiederhergestellt werden;

51. transnationale Strategien zu unterstützen, die die Entwicklung des Tourismus in der Ostseeregion fördern, und die Schaffung von Synergien zwischen Projekten und eine Kommunikationsstrategie für den politischen Bereich des Tourismus einzubeziehen;

52. die bessere Integration aller Ostseeanrainerstaaten in gemeinsamen Projekten und Strategien sowie des privatwirtschaftlichen Sektors zugunsten besserer unmittelbarer wirtschaftlicher Auswirkungen zu gewährleisten;

53. sich für mehr Kohärenz im Hinblick auf die Ansätze für nachhaltigen Tourismus in der Region einzusetzen;

54. die Ostseeregion als gemeinsames und kohärentes Tourismusziel zu etablieren, um zur Mobilisierung des gesamten Potenzials des nachhaltigen Tourismus beizutragen;

55. sich für ein gemeinsames Verständnis des Begriffs „nachhaltiger Tourismus“ einzusetzen und zu versuchen, eine gemeinsame Vermarktungsstrategie und gemeinsame Markenzeichen zu entwickeln;

56. das Ostsee-Tourismusforum und dessen neu aufgelegtes Projekt einer ständigen Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen - des Ostsee-Tourismuszentrums – als Koordinator der Umsetzung der Aktivitäten im Bereich des nachhaltigen Tourismus in der Region zu unterstützen;

57. insbesondere die Umsetzung des zweiten Aufrufs des Ostsee-Tourismuszentrums zu fördern, finanzielle Unterstützung über das EU-INTERREG-Programm „South Baltic 2014-2020“ zu beantragen, um die Einsetzung einer operativen Dienststelle für die Zusammenarbeit im Bereich des nachhaltigen Tourismus und einer ständigen Plattform für den Austausch von Informationen und Wissen auf transnationaler Ebene, das so genannte „Ostsee-Tourismuszentrum“, zu verwirklichen;

58. die Ziele des politischen Bereichs Tourismus in der EU-Strategie für die Ostseeregion zur Förderung und Stärkung des Ostsee-Tourismusforumsprozesses zu unterstützen sowie die Abstimmung mit den betreffenden Akteuren im Rahmen gemeinsamer Workshops zu fördern;

59. die Schaffung von Netzwerken und Clustern zwischen den Akteuren im Tourismusbereich zu fördern;

60. das vorhandene, aber nicht genutzte Wissen in der Ostseeregion im Bereich des nachhaltigen Tourismus zu verstärken und zu aktualisieren, beispielsweise die Agora-Strategie für die Entwicklung des nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion;

61. sich für die Generierung langfristiger Effekte und Vorteile einzusetzen, wodurch sich die Akzeptanz in der Öffentlichkeit erhöht;

Ferner beschließt die Konferenz,

62. dankbar das freundliche Angebot der Hamburgischen Bürgerschaft zu begrüßen, vom 3. bis 5. September 2017 in der Freien und Hansestadt Hamburg die 26. Ostseeparlamentarierkonferenz auszurichten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8 Rede des Abg. Franz Thönnes zur Feierstunde

Sehr geehrte Damen und Herren,

der eigentliche 25-jährige Geburtstag der BSPC ist ja schon vorbei. Er war bereits am 7. Januar dieses Jahres. Unsere Konferenz liegt jedoch viel näher zu zwei anderen wichtigen Jubiläen. Zum 21. und 20. August. Vor acht Tagen feierte unser Gastgeberland Lettland mit großer Freude und berechtigtem Stolz seine 25-jährige Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Und einen Tag vorher tat es Estland gleichermaßen. Herzlichen Glückwunsch nachträglich! Und nun sind wir hier in Lettlands Hauptstadt mit der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz zu Gast. Deshalb folge ich gerne der Bitte und mache vor der Diskussionsrunde einige Anmerkungen unter dem Titel dieser Session „yesterday, today, tomorrow."

„Yesterday", das erinnert mich, an meine erste, die 7. Ostseeparlamentarierkonferenz 1998 in der Hansestadt Lübeck. Das erinnert mich auch an die Frage einer Journalistin vor dieser Jubiläumskonferenz nach einer gemeinsamen Identität in der Ostseeregion. Das mit der gemeinsamen Identität ist gar nicht so einfach in einer Region mit weit mehr als neun Ethnien, mit mehr als elf Sprachen, sieben Währungen, drei unterschiedlich praktizierten Formen des Christentums und mit sehr unterschiedlichen politischen Kulturen. Und doch verbindet uns die Ostsee. Ihre Ufer bringen zehn Staaten und Nationen zueinander. Sie hat eine gemeinsame Geschichte, die ohne das Maritime nicht möglich gewesen wäre. Dazu gehören die Hanse, ähnliche Schiffs- und Segelformen oder die rund um die Ostsee auftretenden Shanty-Chöre. Auch in der Architektur gibt es Gemeinsames, von dem wohl das Sichtbarste die Backsteingotik gerade bei Rathäusern oder Kirchen ist. Vielleicht sehen wir heute identitätsstiftende Bilder, wenn wir auf die, in nahezu allen Ostseestädten in einer Kombination aus historischer Stein- und moderner Glasarchitektur restaurierten, alten Hafengebäude oder die modernen Hafen-City-Strukturen treffen. Vielleicht sind es aber auch die zunehmenden Windenergieparks oder die wachsende Zahl der Kreuzfahrtschiffe. Bestimmt ist es aber das Binnenmeer als kleines „nordisches Mittelmeer" selbst. Gemeinsam sind uns ebenso aus dem Maritimen Ess- und Trinkkulturen. Der Hering ist wohl neben dem Bernstein mit ein wesentliches Identitätsmerkmal der Ostsee. So finden wir ihn auf nahezu allen Speisekarten rund um die Ostsee. Frisch gebraten, geräuchert oder sauer eingelegt, ist er für die einen „das Gold" oder für die anderen „das Silber". In Kaliningrad wird er gar als „Hering im Pelzmantel" serviert. Vielleicht sind es diese beiden „Hering and amber"? Aber, Scherz beiseite, was auch immer es sei, die Vielfalt der fast schon kaum überblickbaren Kooperationsstrukturen und Organisationen rund um die Ostsee sind für sich allein schon beispielhaft und zusammen mit der BSPC ein wesentliches Identitätsmerkmal, das wir in keiner anderen Region der Welt so schnell wiederfinden. Und deshalb: Happy Birthday Baltic Sea Parliamentary Conference!

Vom 7. bis 9. Januar 1991 trafen sich erstmalig nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Vertreter der nationalen und regionalen Parlamente aller Ostseeanrainerstaaten auf Einladung des Präsidenten des Finnischen Reichstages Kalevi Sorsa in Helsinki. Und natürlich ging es um die Fragen, wie man gute Nachbarschaft und stabile Demokratien rund um die Ostsee entwickeln könne, die die Menschen bis dahin nahezu ein halbes Jahrhundert getrennt hatte. Das erste Außenministertreffen des Ostseerates in Kopenhagen folgte erst ein Jahr später am 5./6. März 1992 in Kopenhagen. Doch schon die Zusammenkunft der Parlamentarier im Januar des Vorjahres war für die Abgeordneten aus unterschiedlichen Systemen eine hervorragende Gelegenheit zum gemeinsamen Gespräch und für einen Blick über den eigenen Tellerrand. Sie offenbarte gemeinsame Interessen, führte in öffentlicher Diskussion zu Verabredungen und neuen Ideen. Durch die kritische Auseinandersetzung mit Regierungshandeln, neuen Kontakten und vertrauensbasierten Kooperationen erhielt die Ostseezusammenarbeit Schritt für Schritt ihre parlamentarische Dimension, die schließlich mit der starken Hilfe des Nordischen Rates in der zweiten Ostseeparlamentarierkonferenz im April 1992 in Oslo mündete. In ihrer Präambel verlieh hier die BSPC ihrem Selbstverständnis Ausdruck: „Durch eine enge und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten sollen die gemeinsame Identität der Region gestärkt, politische Aktivitäten initiiert und mit zusätzlicher Legitimität versehen und der Dialog der Parlamente untereinander und mit den Regierungen sowie den Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft verbessert werden." Zurecht darf man ein Vierteljahrhundert später die Frage stellen, ob dies gelungen ist. Die BSPC emanzipierte sich zunehmend. Auf der Basis des Konsensprinzips, das für alle Abstimmungen und Resolutionen galt, wurde über die Jahre ein Ständiger Ausschuss als höchstes Gremium zwischen den Konferenzen gebildet, in dem auch das Europaparlament vertreten ist. Hinzu kamen die Einsetzung von befristeten Arbeitsgruppen und Berichterstattern zu Fachthemen. Die Zusammenarbeit mit dem Ostseerat wurde enger und die Kooperation mit dem EU-Parlament sowie anderen parlamentarischen Zusammenschlüssen im Norden Europas wurde ausgeweitet. Entwickelt haben sich inzwischen Systeme der Befragung der nationalen Regierungen zur Umsetzung und Auswertung der jährlichen Konferenzforderungen. Einige unserer Mitgliedsparlamente beraten die jährliche BSPC-Resolution in ihren Gremien und treffen notwendige Entscheidungen. Andere stimmen den BSPC-Resolutionen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

in Parlamentsbeschlüssen voll zu und fordern von ihren Regierungen eine Umsetzung und Implementierungsberichte. Ging es zunächst in den Konferenzen vorrangig um die demokratische Stabilisierung der Region und die Verbesserung der kritischen Umweltsituation der Ostsee, kamen nunmehr Themen dazu wie: Meerespolitik und maritime Wirtschaft, grünes Wachstum, Ostseeraum als maritime Modellregion Bildung, Minderheiten, NGOs, Arbeit und Soziales, Kultur, Gesundheitspolitik und Tourismus. Über den Schwerpunkt der 16. Konferenz zur „Maritimen Politik“ in Berlin 2007 wurde die BSPC schließlich auch in Brüssel stärker wahrgenommen. Dies beeinflusste auch einige EU-Parlamentarier, den Ostseeraum zunehmend als Makroregion begreifen und erstmalig für die EU eine eigene Strategie, die EU-Ostsee-Strategie, zu entwickeln.

Und „today“? Die Entwicklung der Ostseekooperation und die Arbeit der BSPC haben inzwischen ein hohes Niveau. Die parlamentarische Demokratie rund um die Ostsee hat an Stabilität gewonnen. Waren vor 20 Jahren nur fünf Prozent der Ostseeküste EU-Gebiet, so sind es heute nahezu 95 Prozent. Von einem einst trennenden Meer ist das Mare Balticum zu einem EU-Binnenmeer geworden. Island, Norwegen und Russland sind nicht zuletzt durch die Politik der Nördlichen Dimension und die etwas jüngere Northwest-Russia-Strategy voll mit einbezogen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz selbst wird heute ernster genommen als zu ihren Anfängen. Staatspräsidenten, Minister, Staatssekretäre der Ostseeanrainerstaaten sind Redner und Gäste auf ihren Tagungen. Sie selbst ist Gast bei allen größeren internationalen Kongressen in der Region. Mit Rederecht werden die jeweiligen Vorsitzenden zu den Jahrestreffen des Ostseerates eingeladen. Etabliert hat sich zudem die gegenseitige Teilnahme an Arbeitsgruppen. Die Konferenz formuliert realisierbare Forderungen und die Abgeordneten behalten die Umsetzung im Auge und arbeiten dafür.

Auch wenn die jährliche Zusammenkunft und die inhaltliche politische Arbeit in den Gremien als beispielhafte regionale internationale Kooperation schon alleine ein Wert für sich sind, wird natürlich gerne die Frage gestellt, was bringt das alles eigentlich? Wir sollten keine falsche Bescheidenheit an Tag legen, sondern über unsere Erfolge sprechen. Einige will ich deshalb in Erinnerung rufen, denn der Generationenwechsel geht voran: Die BSPC hat mehrere Forderungen zur Wiederherstellung einer sauberen Ostsee beschlossen, die letztendlich über Entscheidungen im HELCOM-Action-Plan (Helsinki Kommission zum Schutz der Ostsee) dazu geführt haben, dass u. a. von der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) beschlossen wurde, dass Passagierschiffe ab 2013 bzw. 2018 keine ungeklärten Abwässer mehr in die Ostsee einleiten dürfen und inzwischen strengere Abgas-Vorschriften gelten. Auch schärfere Auflagen gegen Eutrophierung sowie die Förderung des Baus des Klärwerkes in St. Petersburg sind mit Resultat der BSPC-Bemühungen. Sehr früh bereits hat sich die BSPC dafür stark gemacht, dass die Ostsee als besonders empfindliches Meeresgebiet bezeichnet wird. Auch wurde erreicht, dass die Hauptschifffahrtswege auf der Ostsee wesentlich sicherer wurden als zuvor, besonders die Kadet-Rinne. Eine weitere positive Entwicklung ist das Konzept Clean Baltic Shipping mit dem Ziel „Null Emissionen in der Seefahrt“. Zwölf große Häfen arbeiten im Rahmen eines EU-Projekts an der Reduzierung des Schadstoffausstoßes.

Auch die EU-Ostseestrategie als erste „makroregionale“ Strategie ist das Resultat von BSPC-Resolutionen und dem Engagement von EU-Parlamentariern der Ostseeanrainer für neue Formen der Zusammenarbeit und der Strategieplanung in der Region. Seit 2009 sind so unterschiedliche Kooperationen zwischen den Ostseeanrainerstaaten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Verwaltungen, Unternehmen, und Gewerkschaften entstanden. Der aktuelle Aktionsplan orientiert sich an der Bewahrung der Ostsee, der Anbindung der Region sowie der Förderung des Wohlstandes. Aus der Tätigkeit der BSPC-Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ formierte sich das mit 1,8 Mio. € geförderte Leuchtturmprojekt der EU-Ostseestrategie Baltic Sea Labour Network, das sich inzwischen zum Baltic Sea Labour Forum als permanentes Gremium für den sozialen Dialog in der Ostseeregion mit über 30 Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen sowie Partnern entwickelt hat. Im sozialen Dialog tritt man für nachhaltige Arbeitsmärkte, faire Arbeitsbedingungen, Arbeitsmobilität und sozial abgesicherte Bedingungen für Grenzpendler mit für sie teilweise inzwischen geschaffenen Grenzinformationszentren und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein. Das Baltic Sea Labour Forum ist ein Unikat, das international im regionalen Zusammenhang seines gleichen sucht.

Die 21. BSPC 2012 in St. Petersburg war eines der ersten internationalen Abgeordnetenforen, das angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa eine Jugendgarantie gefordert hat. Unser Anliegen war, mithilfe staatlicher Unterstützung längere Zeiten von Arbeitslosigkeit beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu vermeiden. Heute stehen seitens der EU circa sechs Milliarden Euro für Förderprojekte zu diesem Zweck zur Verfügung – darunter für Ausbildungsprojekte, die dazu beitragen, die länderübergreifende Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Als Erfolg kann auch die im Ostseerat bezüglich der projektorientierten Modernisierung der ostseenahen Gebiete Nordwest-Russlands 2012 beschlossene „Pilot-Finanzierungs-Initiative (PFI)“ angesehen werden. Gute Projekte können hier finanziell schnell angestoßen werden. Angesichts des Verhaltens Russlands in der Ukraine wurden in 2014 die Ministertreffen des Ostseerates von den anderen Mitgliedstaaten

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

ausgesetzt. Gemeinsam beschlossen wir in unserer Resolution des letzten Jahres, dass wir von allen Ostseestaaten „erwarten, dass sie alles in ihren Kräften stehende tun, um sicherzustellen, dass sich die Ostseeregion weiterhin durch intensive Zusammenarbeit und gute, friedliche Nachbarschaft auszeichnet.“ Aus diesem Grund forderten wir auch „eine Wiederaufnahme der Ministertreffen des Ostseerats, weil durch diese Treffen der Dialog gefördert und die Zusammenarbeit gestärkt werden.“ Wir freuen uns, dass nun im Rahmen der gerade zurückliegenden polnischen Ostseerats-Präsidentschaft wieder Sitzungen aller Kultur-, Vizeaußen- und Wissenschaftsminister auf Ostseeratsebene stattfanden.

Und schließlich bleibt auf Druck der BSPC auch nach 2016 bei der EU-Kommission weiterhin das Thema „Gesundheit“ in der EU-Ostseestrategie ein förderfähiges Politikfeld. Nur alleine schon diese Erfolge können sich sehen lassen. Diese Praxis gilt es auch unter nicht leichter gewordenen Bedingungen fortzusetzen.

Was könnte nun „tomorrow“ für uns bedeuten? Erstens selbstbewusst weiterhin auf Zusammenarbeit und internationale Beantwortung der großen Herausforderungen setzen, das Erreichte sichern und sich nicht isolieren oder einfache Antworten im Nationalen suchen. Zweitens die wichtigen Zukunftschancen und Fragen auf die Agenda setzen und gemeinsam daran arbeiten. Da ist vorrangig die verantwortungsvolle Nutzung unserer herrlichen Natur in der Ostseeregion. Die Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ wird für die 26. BSPC Forderungen erarbeiten. Da geht es weiter um Green Growth for a bluer Baltic Sea zusammen mit BALTIC 21 und im wahrsten Sinne des Wortes um frischen Wind für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und -effizienz gemeinsam mit der Baltic Sea Regional Energy Cooperation (BASREC). Da geht es um Verkehr- und Logistikfragen zu Land und zu See und um die Ostsee als Modellregion für „Gesundheit“.

Wir sind nicht frei von eigenen Sorgen. Doch in einer der reichsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt haben wir eine gemeinsame Verantwortung für eine menschenwürdige Behandlung und Aufnahme von Flüchtlingen, die Schutz vor Terror, Tod und Krieg bei uns suchen. Bildung, Kultur und Jugend sind wichtige Felder für die Stiftung einer tragenden, regionalen Identität. Stärker als bisher gilt es „Ars Baltica“ als eines der bedeutendsten Netzwerk-Projekte der multilateralen kulturellen Kooperation im Ostseeraum hierfür zu nutzen. Neben den Kooperationen der über 100 Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region rege ich an, auch ein Netz von Partnerschulen rund um die Ostsee zu entwickeln.

Auch den ganz ernsten Themen müssen wir uns stellen. Der internationale Terrorismus ist eine Gefahr und Herausforderung für uns alle. Fragen der zivilen Sicherheit und des Katastrophenschutzes sollten daher nicht von unserer Agenda ausgeschlossen werden. Gleiches gilt für die neuen Spannungen in Europa. Bilateral in der OSZE und hier vor Ort sollten wir uns dafür einsetzen, dass die militärischen Aktivitäten in der Ostseeregion nicht zu einem neuen Sicherheitsrisiko im Norden Europas werden. Hierzu sind Transparenz, der Verzicht auf militärische und rhetorische Provokationen, die Nutzung technischer Sicherheitssysteme wie Transponder bei Militärfliegern und der Dialog erforderlich.

Die Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von ihrer Mitwirkung in politischen Parteien, aber auch vom Einsatz in Vereinen, Verbänden und Institutionen. Deshalb weise ich auch auf unsere immer noch offene Forderung nach einer Ostseejugendkonferenz hin, die unserer BSPC vorausgeht. Hier sollen junge Delegierte die Chance erhalten, ihre Anforderungen an die Politik zur zukünftigen Entwicklung der Region zu formulieren und uns dies später vorzustellen. Vielleicht gelingt es im kommenden Jahr bereits wieder in einer Einzelinitiative. Darüber hinaus sollte auch die Rolle von Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft wieder stärker in den Focus der Ostseekooperation rücken.

Und schließlich: Die Qualität der Demokratie zeigt sich ebenso im Alltag im Umgang mit Minderheiten. Die geschichtliche Entwicklung im Ostseeraum hat nahezu in allen Ländern die Entstehung nationaler oder ethnischer Minderheiten zur Folge gehabt. Nicht überall ist es von einem Gegeneinander über ein Nebeneinander zu einem guten Miteinander gekommen. Ein gutes Zusammenleben ergibt sich nicht von allein auf Dauer, sondern muss in Kontinuität gelebt und weiterentwickelt werden. Somit sollte auch dieses Politikfeld zu Themen der BSPC gehören, um nicht zuletzt für andere Regionen in Europa ein gutes Beispiel geben zu können. Und so, wie es gilt im Inneren für gesellschaftlichen Zusammenhalt Sorge zu tragen, wird es auch im äußeren wichtig sein alle Möglichkeiten der Unterstützungen von Begegnungen der Bürger unserer Region zu fördern und gute Voraussetzungen dafür zu schaffen. Vielleicht waren die Zeiten mal einfacher. Vielleicht gab es mal weniger Herausforderungen und vielleicht fühlten wir uns alle mal sicher. Aber nichts kommt von selbst. Und nichts ist von Dauer. Es liegt an uns, an den politischen Akteuren, den Alltag Stück für Stück besser und das Leben in der Ostseeregion für die Menschen zukunftssicher zu gestalten. Ich bin mir sicher, dass das gemeinsame Fundament der vergangenen 25 Jahre uns die Kraft und die Zuversicht gibt, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Vernünftigen rund um die Ostsee wissen dabei sehr genau, dass wir auf Dialog, Kompromiss und Zusammenarbeit angewiesen sind. Wir brauchen uns!

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.